



## Handlungsbedarf

Es kann nicht genügen, Missstände zu kritisieren und Visionen zu propagieren

In Hamburg muss in sieben zentralen pädagogischen (und politischen) Arbeitsfeldern gehandelt werden:

Die Verankerung der freien Schulwahl durch Eltern im Hamburger Schulgesetz (§ 12) hat zu einer hohen Nachfrage an inklusiver Beschulung geführt, ohne dass dadurch auch in den Schulen eine ausreichende Unterstützung durch angemessene personelle oder sächliche Ressourcen erfolgte. Die einzelnen Lehrkräfte und Schulen sollen mit den vorhandenen Bordmitteln die Inklusion „quasinatürlich“ ermöglichen, ohne jeglichen unabdingbar notwendigen Support zu erhalten. Es sind hier vor allem die Kinder- und Jugendlichen mit Verhaltensstörungen und Lernbeeinträchtigungen, die zwangsläufig zu einer strukturellen und personellen Überforderung der LehrerInnen beitragen.

Hier müssen SonderpädagogInnen mit einem für genau jene SchülerInnen ausgewiesenen Qualifikationsprofil in die Schulen, und zwar sowohl als systemische Ressource als auch als schülerInnenbezogene Ressource. Die derzeitige massive Unterversorgung ist skandalös und kann nicht durch andere Berufsgruppen, etwa aus dem Bildungspaket der Bundesregierung (SozialpädagogInnen, ErzieherInnen), abgedeckt werden.

In Hamburg fehlt insgesamt ein Masterplan für die stetig steigende Zielgruppe der schulischen und außerschulischen Erziehungshilfe. Bewährte Angebotsstrukturen wurden und werden aus Kostengründen

derart ab- und umgebaut, dass die emotionalen und sozialen „Kosten“ zu Lasten der Klientel gehen. Ein traumatisiertes Kind oder ein Jugendlicher mit mehrjährigen Deprivationserfahrungen ist bei einer „normalen“ Klassengröße nicht zu fördern.

Die Weiterbildung und Qualifizierung von RegelschullehrerInnen muss deutlich erweitert und verbindlich ausgebaut werden, wenn Inklusion hier im Stadtstaat wirklich Realität wer-

---

*Es sind hier vor allem die Kinder- und Jugendlichen mit Verhaltensstörungen und Lernbeeinträchtigungen, die zwangsläufig zu einer strukturellen und personellen Überforderung der LehrerInnen beitragen.*

---

den soll. Aber auch SonderschullehrerInnen müssen auf ihre neuen Rollen und Arbeitsfelder angemessen vorbereitet werden. Darüber hinaus brauchen auch die Verwaltungskräfte in den Schulen eine entsprechende Vorbereitung auf ihre neuen Aufgaben.

Der Stärkung des Elternwillens muss eine Intensivierung der Kommunikationsangebote für Eltern folgen, z.B. als Elternberatung durch Peer-Beratung, aber auch als verbindlich geregelte Sprechzeiten in den Schulen mit allen an der Bildung und

Erziehung ihrer Kinder Beteiligten.

Der Übergang von Schule in berufsschulische Qualifizierungen hat das größte Exklusionsrisiko, gerade bei bildungsbenachteiligten und behinderten jungen Menschen. Hier bedarf es einer deutlichen Stärkung der Ressourcen für gelingende Übergänge in selbstständige – und legale – Erwerbsarbeit. Hier gilt es bspw., schulübergreifende Netzwerke zu entwickeln mit Betrieben in der Region, um die Legalbewährung zu stärken und zu stabilisieren.

In einer konzeptionellen Neugestaltung sonder- und inklusionspädagogischer Bildungspolitik (Schule, Kinder- und Jugendhilfe, lokale Träger in der Kulturarbeit u.v.m.) braucht es verbindliche interdisziplinäre Vernetzungsstrukturen unterschiedlicher Akteure in den Bezirken, sozialräumliche Kooperationsnetzwerke also – mit ausreichenden Zeitbudgets für Beratung und Konzeptarbeit, aber auch für Fortbildung und Evaluation.

Übergreifend zu den hier genannten Handlungsfeldern sind grundsätzlich eine zielführende Konkretisierung und Präzisierung von verbindlichen Qualitätsstandards und Ressourcenbedarfen in einem Bildungsplan für Hamburg erforderlich, der Planungssicherheit gewährleistet. Derzeit ist das Neben-, Mit- und Gegeneinander – also die erwähnten Quasimärkte – von Förderschulen, Kombi-Klassen, REBUS, sonderpädagogischen Bildungszentren, Stadtteilschulen, integrativen Förderzentren u.v.m. fachlich nicht geklärt. Denn: Auch Vielfalt braucht Struktur!

BIRGIT HERZ,  
Professorin am Institut für  
Sonderpädagogik der Uni Hannover